

»Solange wir kämpfen, haben wir eine Chance zu gewinnen«

Initiative gegen Nachtflüge in Leipzig will vor Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Ein Gespräch mit Michael Teske

Interview: Gitta Düperthal



Michael Teske ist Vorsitzender der IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle

Die IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle hat bereits vor dem Bundesverwaltungs- und Bundesverfassungsgericht gegen die Lärmbelästigung durch Nachtflüge geklagt. Ohne Erfolg. Nun wollen Sie vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg ziehen.

Der Airport Leipzig ist seit 2006 die logistische Stütze des Pentagon und der NATO – und wird zu 20 Prozent militärisch genutzt. Zivile Airlines landen hier zwischen und fliegen US-Soldaten in den Irak-Krieg und zurück; Waffen und Munition werden transportiert. Damit ist der Flughafen sowohl Kriegerunterstützer als auch Terrorziel. Und die Flüge bringen Lärm mit sich. Teilweise gibt es Spitzenwerte von 85 decibel. Das ist so, als wäre jemand mit einer Kettensäge unter Ihrem Fenster zugange. Solange wir kämpfen, haben wir eine Chance zu gewinnen. Viele Fluglärm-betroffene haben kleine Beträge zwischen fünf und 100 Euro gespendet, so ist eine Summe von 120000 Euro zusammengekommen. Wir geben jetzt nicht auf.

Warum hoffen Sie auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte?

In einigen europäischen Ländern gibt es andere wirtschaftliche Interessen als hierzulande. In Frankreich ist man beispielsweise besorgt, daß der deutsche Staat einem Großkonzern wie DHL den roten Teppich ausrollt. Die EU-Wettbewerbskommission hat bereits im Juli 2008 einen Rahmenvertrag für nichtig erklärt, der dem Frachtdienstleister der Post am Flughafen Leipzig/Halle besondere Vorrechte einräumt. Dazu gehörten unter anderem die unbeschränkte Nachtflugerlaubnis sowie die fast ausschließliche Nutzung der Südbahn in der Nacht durch DHL-Flugzeuge. Seitens der französischen Regierung befürchtet man, durch solche Regelungen könnten französischen Betrieben Wettbewerbsnachteile entstehen. Die EU-Kommission hat weiterhin die sogenannte Patronatserklärung für rechtswidrig erklärt, mit der der Freistaat Sachsen eine Bürgschaft über 500 Millionen Euro sicherstellt – somit hätte die öffentliche Hand alle Schadensersatzforderungen von DHL im Fall der Einschränkung eines Nachtflugverbots übernehmen müssen.

Sie haben die Gründe zur Ablehnung Ihrer Verfassungsbeschwerde als absurd bezeichnet. Was meinen Sie?

Man kapriziert sich auf juristische Winkelzüge. Zum Beispiel konstatiert man: Militärische Nutzung sei für auf dem Flughafen Leipzig/Halle verkehrende Flugzeugtypen bereits 1990 möglich gewesen, als der ehemalige DDR-Flughafen seine Betriebsgenehmigung in der BRD erhielt. Nach der Logik des Gerichts hätten wir also Hellseher sein und schon damals klagen müssen.

Wie verhalten sich die Parteien?

Wir sind politisch unabhängig. Gesagt werden muß aber: Die Linke steht als einzige Partei konsequent an unserer Seite. Bei einer Anhörung im sächsischen Landtag haben deren Abgeordnete verdeutlicht, daß es unzulässig ist, Militärmaschinen mit weißer Farbe zu tarnen und den Flughafen so zu mißbrauchen. Außerdem unterstützt die Partei uns finanziell – die Grünen hingegen bislang nur verbal, ohne de facto etwas zu unternehmen. Nun haben sie angekündigt, juristische Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen: Wir sind gespannt.

Es wird mit harten Bandagen gekämpft. Man hat versucht, den Verein IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle unter Druck zu setzen ...

Zwei unserer Mitglieder wurden wegen übler Nachrede angeklagt: Aufgrund einer Zeugenaussage hatten sie die Vermutung geäußert, der Richter des Bundesverwaltungsgerichts sei möglicherweise mit der Gegenseite in Kontakt. Plötzlich war sich der Zeuge nicht mehr sicher – der Befangenheitsantrag unseres Anwalts wurde abgelehnt. Der Richter erstattete Anzeige.

Setzen Sie einzig auf die juristische Auseinandersetzung?

Nein, vor allem auf Solidarität. Wir wirken im Leipziger Netzwerk der Bürgerinitiativen gegen Flug- und Bodenschall mit. Wir wollen verhindern, daß die dort organisierten 25 Initiativen gegeneinander ausgespielt werden. Wir diskutieren auch beim bundesweiten Koordinierungstreffen in Kelsterbach bei Frankfurt am Main mit, um auf die im »schwarz-gelben« Koalitionsvertrag enthaltenen Verschärfungen zu reagieren. Darin ist zum Beispiel angekündigt, Betriebszeiten an deutschen Flughäfen »wettbewerbsfreundlich« gestalten zu wollen.